

Mahnwache 24.06.22

Uwe:

Guten Abend;- ich begrüße Sie im Namen der Schorndorfer FI zu unserer 17. Mahnwache gegen den Krieg.

Unsere ersten Mahnwachen, im Februar und März d.J., standen unter dem Motto: „Mahnwache gegen den Krieg in der Ukraine“. - Zwischenzeitlich versammeln wir uns unter dem Leitgedanken: „Mahnwache gegen den Krieg“, weil gegenwärtig in der Welt viele weitere Kriege geführt werden, bei denen Menschen getötet, ihre Wohnstätten zerstört werden oder sie fliehen müssen.

So findet in Syrien seit mehr als 10 Jahren ein Bürgerkrieg statt, in den sowohl russische, amerikanische, wie auch türkische Militärs und Kämpfer des Iran involviert sind. Seit einiger Zeit herrscht dort zwar ein Waffenstillstand, aber in diesem Krieg wurden bislang, nach Schätzungen der UN, 400.000 Menschen getötet.

Die Hälfte der Gesamtbevölkerung befindet sich auf der Flucht. Die meisten Städte sind, hauptsächlich durch russische Bombenangriffe, zerstört und unbewohnbar. - Nach Schätzungen der UN belaufen sich die Schäden auf die Summe von c. 250 Millionen US-Dollar.

Aber diese Situation und dieser Krieg findet bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit, sowohl der Weltöffentlichkeit, der Weltpolitik, der Medien, als der, der gerade in der Ukraine stattfindet. Auch fanden meines Wissens international keine größeren Aktionen der Friedensbewegung statt, mit denen auf diese dramatische Situation der Menschen aufmerksam gemacht wurde.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, wieso der Krieg in der Ukraine viel mehr im Focus steht, als der Krieg in Syrien, der im Jemen, der, den die Türkei gegen die Kurden in Syrien führt, um nur einige Beispiele zu nennen.

Ich bin der Ansicht, dass dies deshalb so ist,

- weil es sich bei der Ukraine um einen europäischen Staat handelt, der geografisch nur ca. 1.500 km von uns entfernt liegt. Also wesentlich näher als Syrien oder die Republik Jemen. Auch stehen die Ukrainer kulturell den Westeuropäern näher als die Menschen des mittleren Ostens oder der arabischen Staaten.

- Die Ukraine grenzt an einige Staaten, die Mitglied des westlichen Militärbündnisses NATO sind und es deshalb ist es nicht ausgeschlossen, was ich nicht hoffe, dass eine kriegerische Handlung auf einen dieser Staaten ausgedehnt wird, und somit der sog. NATO- Bündnisfall eintritt. Deutschland wäre dann mit der Bundeswehr offiziell Kriegspartei. Die augenblickliche politische Entwicklung bezüglich der russischen Enklave Kaliningrad, die sich auf dem Staatsgebiet von Litauen befindet, gibt deshalb zu großer Sorge Anlass! (Unser Mitglied Detlef Beune wird nach meinem Textbeitrag einiges zu dieser Angelegenheit sagen.)

- Die Nato-Staaten, an erster Stelle die USA, liefern alle Arten von Waffen an die Ukraine; Deutschland nun auch schwere Waffen. Der russische Präsident Putin hat mehrfach davor gewarnt, die Ukraine massiv mit Waffenlieferungen zu unterstützen und angedroht, dass die Waffen liefernden Staaten von Russland als Kriegspartei eingestuft werden könnten. Ob überhaupt und wenn ja, dies der Fall sein könnte, liegt im Ermessen der russischen Staats- und Militärführung.

- Russland ist die zweitgrößte Atommacht der Welt, die über ca. 6.000 einsatzfähige Atomsprengköpfe verfügt. Ca. einen Monat nach dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin die „erhöhte Alarmbereitschaft der Atomwaffen Truppen“ befohlen. Die gesamte Situation in Osteuropa ist brandgefährlich! Eine unbedachte Aktion einer der Beteiligten könnte zu einem dritten Weltkrieg führen, und dies wäre nach einem Zitat von Albert Einstein „der letzte auf dieser Erde“, weil es danach keine Menschen mehr geben würde, ebenso keine Fauna und Flora, weil ein sogenannter „atomarer Winter“ kein Leben auf der Erde ermöglichen würde.

Um dies zu verhindern, wurde 2017 in der UN- Vollversammlung, auf Betreiben der internationalen Friedensorganisation ICAN der „Atomwaffenverbotsvertrag“ ausgehandelt und beschlossen, dem inzwischen 62 Staaten beigetreten sind.
Ich erteile nun das Wort Detlef Beune.

Vielen Dank!

Detlef:

Hallo zusammen,

vor zwei Wochen hatte ich noch über verschiedene Ereignisse geredet, die Hoffnung machten, dass vielleicht doch noch ein Frieden in der Ukraine auf der Basis von Diplomatie und Verhandlungen möglich wäre. Hier wäre insbesondere der auch bei der UNO eingereichte Friedensvorschlag von Italien zu nennen.

Nun, die führenden Politiker aus Italien, Frankreich und Deutschland waren zu Besuch in der Ukraine und hatten ein längeres Gespräch mit dem Präsidenten Selenskyi. Dort wurde anscheinend viel über die weitere Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine diskutiert und über die Frage, ob die Ukraine einen Kandidatenstatus erhält für den Eintritt in die Europäische Union. Ob der Friedensvorschlag von Italien dabei überhaupt ein Thema war, darüber ist mir nichts bekannt.

Stattdessen sorgte in dieser Woche Litauen für eine weitere Eskalation der ohnehin gefährlichen Situation. Litauen hat den Transit von Gütern in die russische Exklave Kaliningrad stark eingeschränkt.

Zur Information: Diese Exklave gehört völkerrechtlich zu Russland, hat aber keine direkte Landverbindung dorthin. Zwischen Kaliningrad und Russland liegt Litauen. Kaliningrad mit der gleichnamigen Hauptstadt (früher einmal Königsberg) hat insgesamt weniger als eine Million Einwohner und eine Fläche, die kleiner ist als die von Schleswig-Holstein.

Es ist klar, dass so eine kleine Exklave nicht in der Lage ist, alle Güter, die die Bevölkerung dort braucht, selber zu produzieren. Zwischen Russland und Litauen gibt es seit 2002 einen Vertrag, mit dem die Lieferung von Gütern von Russland nach Kaliningrad geregelt ist.

Litauen begründet die Einschränkung des Transits von Gütern nach Kaliningrad damit, dass dies Bestandteil der Sanktionen des Westens gegenüber Russland sei. Zuvor habe ich in den Medien darüber allerdings nichts erfahren oder gehört. Klar ist aber: Für Russland ist dieser Schritt eine weitere Provokation. Gegenmaßnahmen sind schon angekündigt. Momentan kann man nur hoffen, dass Russland nicht versuchen wird, die Lieferung von Gütern nach Kaliningrad mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Für mich ist es ein großer Skandal, dass weder die EU noch die Ampel-Regierung in Deutschland diesen Schritt Litauens verurteilen. Denn er ist ein Schritt hin zu einer weiteren militärischen Eskalation des Ukraine-Krieges. Das Ziel, den Ukraine-Krieg möglichst schnell zunächst durch einen Waffenstillstand zu beenden und anschließend lange Verhandlungen über eine neue Friedensordnung in Europa zu führen, scheint für die führenden Politiker der NATO-Staaten nicht mehr zu existieren. Die Friedensbewegung insgesamt muss sich lauter und lauter bemerkbar machen. Nein, wir wollen keinen Krieg, weder in der Ukraine noch sonst wo in der Welt! Und wir sind gegen alle Maßnahmen, die aktuelle Krieg verlängern und zu immer mehr Todesopfern führen.

Doris:

Wir werden jetzt wieder 5 Minuten schweigen. Wir denken an die Opfer des Krieges in der Ukraine und an die Opfer der Kriege in anderen Ländern. An die Menschen, die im Krieg verletzt wurden an Leib und Seele. An alle, die ihr Leben verloren haben, seien es Soldaten oder Zivilisten. An alle, die ihre Heimat verlassen mussten. An die geschundene Natur, an die zerstörte Kultur. An alle, die sich gegen den Krieg einsetzen. Mögen die Politiker auf beiden Seiten endlich zur politischen Vernunft zurückkehren und eine weitere Eskalation verhindern.

Doris:

Ich lese einen Text von Nazim Hikmet aus Japan:

Das kleine Mädchen aus Hiroshima

Ich bin ein kleines Mädchen aus Hiroshima.
Die Blumen waren meine Freunde,
die Vögel meine fliegenden Träume
und die ganze Welt mein Spielplatz.
Nun brauche ich keine Puppen mehr,
und einsam liegt meine Spieldose in der Ecke.
Ich wurde ja verbrannt,
wie ein alter Lappen.
Ich bin das kleine Mädchen aus Hiroshima.
Zuerst griff das Feuer
nach meinen Haaren und den Händen,
dann nahm es mich ganz.

Mutter, Vater, weint nicht um mich!
Ich bin auf eine große Reise gegangen:
Ich klopfe an alle Türen der Welt
und frage um eine Unterschrift
gegen die Atombombe.
Ich bin das kleine Mädchen aus Hiroshima.
Nein, ich will keine Blumen und kein Butterbrot.
Keine Bonbons reizen mich.
Aber ich stehe an deiner Tür,
und du musst mich anhören!

Doris:

Ich möchte folgendes ansagen, bevor wir unsere Mahnwache beenden:

- In der Mitte liegen nochmals die Postkarten der Organisation „Ohne Rüstung Leben“ an Frau Baerbock aus sowie neue Postkarten zum Thema Rüstungsexporte. Bitte nehmen Sie Karten mit zum Abschicken und zum weiter Verteilen.
- In der vergangenen Woche, nämlich vom 21. – 23. Juni, fand in Wien die erste Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag statt. Es war die erste multilaterale Konferenz zur nuklearen Abrüstung seit Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. Die Konferenz zeigt, dass die Mehrheit der Staatengemeinschaft die aktuelle Bedrohung durch Atomwaffen ablehnt. Dennoch war in den Medien so gut wie nichts über die Konferenz zu erfahren. In der lokalen Zeitung und in den Nachrichten jedenfalls wartete ich vergeblich auf eine entsprechende Information. Das ist sehr enttäuschend und zeigt, dass unsere Medien nur noch eine einheitliche Berichterstattung und Meinung bieten. Sicherlich können alle, die sich dafür interessieren, von den Friedensorganisationen Informationen, Stellungnahmen und Pressemitteilungen zum Lesen erhalten. Aber die Mehrheit der Bevölkerung wird nichts davon mitbekommen. Dabei ist die Botschaft sehr klar: Die Antwort auf nukleare Erpressungen darf nicht eine weltweite nukleare Aufrüstung sein. Im Gegenteil: echte gemeinsame Sicherheit kann nur durch weltweite Abrüstung unter der wirksamen Kontrolle eines multilateralen Vertrages erreicht werden. Aus diesem Grund war die Konferenz in Wien sehr wichtig.
- In der Mitte liegen noch Informationsblätter über die Konferenz und den Atomwaffenverbotsvertrag. Bitte nehmen Sie welche mit und verteilen Sie sie weiter.
- Unsere nächste Mahnwache ist heute in einer Woche, am Freitag, 01.07.22.

Jetzt ist noch Zeit zum Austausch untereinander.